



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen - 80792 München

Gemeinsame Einrichtungen
Optionskommunen
Landkreise
Kreisfreie Städte
Bezirke
Regierungen

NAME
Dr. Agnes Kollerbaur

TELEFON
089 1261-1306

TELEFAX
089 1261-181306

E-MAIL
Agnes.Kollerbaur@stmas.bayern.de

Nachrichtlich:

Bundesministerium für Arbeit und
Soziales
Bundesagentur für Arbeit
- Regionaldirektion Bayern -
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Landkreistag
Verband der bayerischen Bezirke
LAG öffentliche / freie Wohlfahrtspflege
(LAG FW TB Familie)
Kommunaler Prüfungsverband
Landessozialgericht

Lt. Email-Verteiler

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
Bitte bei Antwort angeben

DATUM

VI 1/0713-1/1

07.10.2013

**Vollzug der Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II, SGB XII und
BKGG;
hier: Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung nach § 28 Abs. 6 SGB II (ggf. i.V.m. § 6b
Abs. 2 BKGG), § 34 Abs. 6 SGB XII**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit folgendem Rundschreiben werden Hinweise zum Vollzug der gemeinschaftlichen Mit-
tagsverpflegung gegeben. Sie finden dieses AMS in Kürze auch unter der Adresse
<http://www.stmas.bayern.de/grundsicherung/jobcenter/index.php>. Damit wird auch Ziffer 5
unseres Rundschreibens vom 21.03.2011 (Aktenzeichen: I 3/6074.04-1/50) ersetzt, das im
Übrigen bereits durch Rundschreiben vom 30.07.2013 aufgehoben worden war.

// Zukunftsministerium
Was Menschen berührt.

I. Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung an Schulen

Die Mehraufwendungen für die Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung werden für Schülerinnen und Schüler berücksichtigt, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und keine Ausbildungsvergütung erhalten (§ 28 Absatz 1 Satz 2, Absatz 6 SGB II, § 34 Abs. 6 SGB XII; § 6b Abs. 2 Satz 1 BKGG iVm § 28 SGB II).

I.1 Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung

Voraussetzung ist, dass das Mittagessen in schulischer Verantwortung angeboten und gemeinschaftlich ausgegeben und eingenommen wird. Belegte Brötchen und kleinere Mahlzeiten, die an Kiosken auf dem Schulgelände verkauft werden, erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Der Begriff der schulischen Verantwortung soll deutlich machen, dass lediglich die Mehraufwendungen für ein gemeinschaftliches Mittagessen übernommen werden sollen, das von der Schule zumindest befürwortet wird und auf das sich die Schule deshalb auch organisatorisch einrichtet. Ein bloß kausaler Zusammenhang mit der Schule ist hingegen nicht ausreichend (BT-Drs. 17/3982, S. 10).

I.2 Entstehende Mehraufwendungen

- Die Mehraufwendungen für die Mittagsverpflegung können von Schule zu Schule variieren. Für die Ermittlung des monatlichen Bedarfs ist die Anzahl der Schultage in dem Land zu Grunde zu legen, in dem der Schulbesuch stattfindet. Nach der Gesetzesbegründung ist auf die durchschnittliche Anzahl der Tage, an denen Schüler an einer Schule mit angebotener Gemeinschaftsverpflegung die Leistung in Anspruch nehmen können, abzustellen. Dabei sind die Abweichungen aufgrund von beweglichen Ferientagen, Unterrichtsausfall, schulinterner Fortbildungen, vorübergehender Erkrankung und Klassenfahrten nicht zu berücksichtigen. Bei einem Schulbesuch in Bayern ist grundsätzlich von bis zu 190 Schultagen auszugehen. Abweichungen ergeben sich beispielsweise, wenn an Freitagen keine Mittagsverpflegung in Anspruch

genommen werden kann, oder wenn eine Berufsschule nur an einzelnen Tagen besucht wird.

- Eine Begrenzung der Höhe nach ist gesetzlich nicht vorgesehen. Die Ausgaben müssen jedoch den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen.
- Die kommunalen Träger können mit den Anbietern der Mittagsverpflegung pauschal abrechnen (§ 29 Abs. 1 Satz 3 SGB II, § 6b Abs. 3 iVm § 29 SGB II). Das SGB XII allerdings enthält keine Regelungen über die Abrechnung der kommunalen Träger mit den Anbietern der Mittagsverpflegung. Im Rahmen der Selbstverwaltung und der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit können die Sozialhilfeträger hier eigenständig (zusammen mit den Anbietern des Mittagessens) über die Abrechnungsweise entscheiden.

Eine Trennung nach Rechtskreisen ist zwingend vorzunehmen.

- Für jedes Mittagessen ist ein Eigenanteil in Höhe von derzeit 1 € zu leisten (§ 9 RBEG iVm § 34 Abs. 6 SGB XII; § 6b Abs. 2 Satz 4 BKGG iVm § 9 RBEG). Das gilt auch für das SGB II und ergibt sich aus der Formulierung „Mehraufwendungen“. Mehraufwendungen entstehen nur insoweit, als nicht auch zu Hause Kosten des Mittagessens anfallen. Hierfür ist 1 € im Regelbedarf vorgesehen.

II. Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege

Die Mehraufwendungen für die Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung werden auch für Kinder übernommen, die eine Tageseinrichtung besuchen oder für die Kindertagespflege geleistet wird (§ 28 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 SGB II; § 34 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 SGB XII; § 6b Abs. 2 Satz 1 BKGG iVm § 28 Abs. 6 SGB II).

II.1 Verhältnis SGB II, SGB XII, BKGG – SGB VIII

Die Leistung „Mittagsverpflegung“ nach SGB II, SGB XII bzw. BKGG ist vorrangig gegenüber Leistungen nach dem SGB VIII (Neufassung von § 10 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII, § 10 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII).

II.2 Schulkinder in Kindertageseinrichtungen:

- Die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung für Schulkinder muss in schulischer Verantwortung (wenn die Mittagsverpflegung von der Schule zumindest befürwortet wird und sie sich deshalb auch organisatorisch darauf eingerichtet hat) angeboten werden (§ 28 Abs. 6 Satz 2 SGB II; § 34 Abs. 6 Satz 2 SGB XII; § 6b Abs. 2 Satz 1 BKGG iVm § 28 Abs. 6 SGB II).
- Abweichend hiervon werden die Mehraufwendungen bis zum 31. Dezember 2013 auch berücksichtigt, wenn Schülerinnen und Schüler das Mittagessen in einer Einrichtung nach § 22 SGB VIII einnehmen (§ 77 Abs. 11 Satz 4 SGB II; § 131 Abs. 4 Satz 2 SGB XII; § 20 Abs. 8 Satz 3 BKGG iVm § 77 Abs. 11 SGB II).
- Zum Ausgleich der finanziellen Belastung hierfür sowie für die Schulsozialarbeit hat der Bund die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für drei Jahre um 2,8 Prozentpunkte erhöht. Im Gegenzug zur vollständigen Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab 2014 wird diese Erhöhung nach drei Jahren wieder abgezogen.
- Ab 1. Januar 2014 erhalten Schülerinnen und Schüler aus anspruchsberechtigten Familien die Mehraufwendungen für eine gemeinschaftliche Mittagsverpflegung, die in einer Einrichtung nach § 22 SGB VIII eingenommen wird, im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes nur dann erstattet, wenn das Mittagessen **in schulischer Verantwortung** (vgl. Ziffer I.1) angeboten wird. Desgleichen ist dann für die Ermittlung des monatlichen Bedarfs die Anzahl der Schultage in dem Land zu Grunde zu legen, in dem der Schulbesuch stattfindet.

Damit allen Schülerinnen und Schülern aus anspruchsberechtigten Familien, die ihr tägliches Mittagessen in einem Hort einnehmen, diese Teilleistung des Bildungs- und Teilhabepaketes auch ab dem Jahr 2014 weiter gewährt werden kann, ist den betroffenen Schulen und Horten zu empfehlen, eine Vereinbarung zur Kooperation von Schule und Hort bei der gemeinsamen Durchführung und Organisation einer im Hort angebotenen gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung abzuschließen. Eine solche Vereinbarung ist ggf. auch in Konstellationen anders organisierter Anbieterfor-

men zu empfehlen. Andere Verfahrensweisen der Kooperation neben dem Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung sind denkbar.

In der Anlage findet sich ein Formulierungsvorschlag für eine solche Vereinbarung. Dieser Vorschlag kann selbstverständlich nur einen Anhaltspunkt darstellen. Mögliche weitergehende und ausführlichere Regelungsinhalte, insbesondere zu Themen jenseits des Mittagessens bleiben nicht nur unbenommen, sondern sollten entsprechend den Verhältnissen und Notwendigkeiten vor Ort einbezogen oder separat geregelt werden. Insbesondere eine klare rechtliche Regelung der Aufsichtspflicht ist zu empfehlen. Eine Vorgabe hierzu ist im Rahmen dieses Rundschreibens aus dem Gesichtspunkt „schulische Verantwortung“ weder möglich noch notwendig.

Die kommunalen Träger sollen in Fällen, in denen eine Berücksichtigung der Mehraufwendungen im Rahmen der Bildungs- und Teilhabeleistungen (z.B. wegen einer fehlenden Vereinbarung) ausscheidet, die Eltern auf die Möglichkeit eines Erlasses / einer Übernahme des Kostenbeitrages auch für das Mittagessen nach § 90 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3 SGB VIII durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe hinweisen, soweit im Einzelfall die Voraussetzungen erfüllt sind.

II.3 Entstehende Mehraufwendungen:

- Bei der Bedarfsbemessung in Kindertageseinrichtungen sind die jeweiligen Besonderheiten vor Ort zu berücksichtigen. Die Wertungen für den Schulbereich sind auf diesen Sachverhalt zu übertragen.
- Mit Blick auf Ferienzeiten beschränkt das Bayerische Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz (BayKiBiG) zwar die förderrelevanten Schließtage auf 30 bzw. (incl. Fortbildung) auf 35 Tage (Art. 21 Abs. 4 BayKiBiG, § 26 Abs. 1 AVBayKiBiG). In der Praxis wird dies sehr unterschiedlich gehandhabt, deshalb sind die tatsächlichen Ferienzeiten der einzelnen Kindertageseinrichtung bzw. Tagespflegeperson maßgeblich.
- Ein Eigenanteil von 1 € pro Mittagessen ist zu berücksichtigen (§ 9 RBEG iVm § 34 Abs. 6 SGB XII, § 6b Abs. 2 Satz 4 BKGG iVm § 9 RBEG). Für den Bereich des SGB II gilt dies entsprechend (s.o.).

- Die Ausgaben müssen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen.
- Eine pauschale Abrechnung mit den Anbietern ist möglich (s.o.).

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Josef Ziller". The script is cursive and fluid, with the first name "Josef" and the last name "Ziller" clearly distinguishable.

Josef Ziller

Ltd. Ministerialrat

Anlage: Formulierungsvorschlag für eine Vereinbarung

Vereinbarung

zwischen

der Kindertageseinrichtung nach Art. 2 Abs. 1 Satz 1 BayKiBiG

des Trägers

vertreten durch die Kita-Leiterin / den Kita-Leiter

und

dem Sachaufwandsträger

der Schule

vertreten durch die Schulleiterin / den Schulleiter¹

wird zur Kooperation von Schule und Kindertageseinrichtung bei der gemeinsamen Durchführung und Organisation einer im Hort angebotenen gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung folgende Vereinbarung geschlossen:

¹ Die Schulleiterin / der Schulleiter hat die Ermächtigung zur Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung vorab mit dem Sachaufwandsträger zu klären.

§ 1 Kooperation

Schülerinnen und Schülern der Schule, die den Hort / die Kindertageseinrichtungbesuchen, wird in der Kindertageseinrichtung ein Mittagessen in Form einer „gemeinschaftlichen Essenseinnahme“ angeboten.

Die Mittagsverpflegung wird in enger Abstimmung von Schule und Hort angeboten, durch die Schule organisatorisch begleitet (§ 2) und in das Gesamtkonzept der Schule eingebunden (§ 3). Von Schule und Hort wird zu diesem Zweck je ein(e) Ansprechpartner(in) benannt.

§ 2 Abstimmung bei der Mittagsverpflegung durch Schule und Hort, organisatorische Begleitung durch die Schule

Schule und Hort stimmen sich bezüglich der Beaufsichtigung der Schülerinnen und Schüler vor, während und nach der Mittagsverpflegung eng ab.

Vertreterinnen und Vertreter der Schule und des Hortes tauschen sich regelmäßig aus, um die Kooperation bei der Durchführung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung zu optimieren und eine gesunde und ausgewogene Ernährung der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

§ 3 Einbindung der Mittagsverpflegung in das Gesamtkonzept der Schule

Zur bestmöglichen Integration der Mittagsverpflegung in die schulischen Abläufe werden im Wege einer gemeinsamen Schuljahresplanung die Zeiten der Essenseinnahme auf die Unterrichtszeiten abgestimmt. Umgekehrt werden bei der Ausgestaltung des Stundenplanes Erfordernisse, die sich aus dem Angebot einer Mittagsverpflegung ergeben, berücksichtigt. Das Hortpersonal erhält Grundinformationen über den Lehrplan der Schule.

§ 4 Inkrafttreten und Kündigung

Diese Vereinbarung tritt mit Wirkung vom _____ in Kraft. Sie gilt auf unbestimmte Zeit.

Die Vereinbarung kann von beiden Vertragspartnern jeweils zum Ende eines Schuljahres mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten ordentlich gekündigt werden. Zudem kann die Vereinbarung von jedem Vertragsteil aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Ort, Datum

Vertreter/in Kita

Vertreter/in Schule